

Windkraftstreit geht in nächste Runde

Bauausschuss: Ortsvorsteher sieht keine Alternative zu einer gerichtlichen Klärung. Allerdissen fühlt sich allein gelassen und vermisst Rückendeckung

Von Jannik Studinski

■ **Borchen.** Beim Thema Windkraft weht weiterhin eine steife Brise im Borchener Rathaus. Auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Minden, mit dem der Flächennutzungsplan der Gemeinde Borchen für ungültig erklärt worden war (die NW berichtete), reagierte Borchens Bürgermeister Reiner Allerdissen im Bau- und Umweltausschuss erneut mit Kopfschütteln.

Der Verwaltungschef untermauerte seinen bekannten Standpunkt und erklärte, dieses Urteil auf keinen Fall un-tätig akzeptieren zu können. Die Berufung gegen das Urteil wäre bereits in die Wege geleitet worden.

Allerdissen reagierte einmal mehr auf die Aussagen von Landrat Manfred Müller, die Kreisverwaltung würde die Berufung nicht unterstützen, mit Unverständnis. Der Borchener Bürgermeister vermisste Rückendeckung, fühlte sich allein gelassen. Müller wiederum hatte von einer Fortführung des juristischen Streits abgeraten, auf eine zügige Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplans gedrungen. Diese Haltung hatte der Bürgermeister offenbar so nicht erwartet.

Allerdissen zeigte sich trotzdem fest entschlossen, mit allen verfügbaren Mitteln gegen die Entscheidung des Mindener Verwaltungsgerichts vorzugehen.

Das Urteil hätte bundesweit Entsetzen ausgelöst, be-



Mit Höhenbegrenzung: Der Flächennutzungsplan für die Windriesen bei Dörenhagen mit der 100-Meter-Marke wurde vom Verwaltungsgericht Minden für ungültig erklärt.

ARCHIVFOTO: MARC KÖPPELMANN

richtete das Borchener Gemeindeoberhaupt, so dass nun auch andere Kommunen um ihre Flächennutzungspläne fürchten würden, Allerdissen betonte erneut, dass ein großer Teil der Borchener Bevölkerung den Bau der ge-

planten Anlagen ablehnte. Der Rathauschef zeigte sich gewillt, den Willen der Bevölkerung weiter zu vertreten, so dass für Allerdissen keine Alternative zu einer Fortführung der gerichtlichen Auseinandersetzung absehbar wäre.

Im Ausschuss konnte Allerdissen den Großteil der Mitglieder für dieses Vorgehen gewinnen. Lediglich die Fraktion der Bündnisgrünen stimmte gegen den Beschlussvorschlag zu einer gerichtlichen Revision.

Somit steht fest, dass die Juristen erneut über den Borchener Flächennutzungsplan entscheiden müssen. Wann es zu einem Termin vor dem Obergericht in Münster kommt, ist derzeit nicht abzusehen.